

Bürgerinitiativen fordern verantwortungsvolles Konzept und Abbruch des Verfahrens

## Widerstand gegen Giftmüllstandort in Ostwestfalen

Von Willi-Bernd Schäfers (Text) und Harald Iding (Fotos)

Detmold/Warburg/Borgentreich (wbs). »Wir wollen kein neues Feilgutachten zur Bestimmung von Giftmüllplätzen in unserer Börde. Wir wollen ein verantwortungsvolles Konzept für den Umgang mit Umweltschadstoffen. Wir wollen mitleiden und nicht einfach Opfer sein.« Das sagte Josef Jacobi (Körbecke), Sprecher der Bürgerinitiative »Lebenswertes Bördeland und Diemeltal«, zu Beginn der eindrucksvollen Demonstration am Samstag in Detmold. In einem kilometerlangen Protestmarsch, an dem sich nach einer inoffiziellen Zählung über 6 800 Bürgerinnen und Bürger sowie Landwirte mit über 180 Traktoren beteiligten, sollte Regierungspräsident Walter Stich seine falsche Vorgehensweise bei der Standortsuche für eine Giftmülldeponie im Regierungsbezirk deutlich gemacht und der entschlossene Widerstand im Lande demonstriert werden. Als Standorte für die Haupterkundung schlägt das Gutachten »Hilgenbrede« und »Hilgenstock« in der Stadt Steinhelm sowie »Fathe«, »Hohes Feld« und »Im Stubbig« in der Stadt Borgentreich vor (das WB berichtete). Josef Jacobi auf der Kundgebung vor dem Regierungsgebäude, wo auch die Gruppe Borgentreich/Lütgeneder ein »Müllied« sang: »Wir wollen ein verlässliches Konzept zur Vermeidung, Verwertung und Entgiftung giftiger Produktionsrückstände. Es ist nicht mehr zeitgemäß, einfach Gift im Boden zu vergraben.«

Der Demonstrationzug durch die gesperrte Detmolder Innenstadt verlief ohne Zwischenfälle. Die Bürgerinitiativen hatten ihn gut organisiert. Die 40 Beamten der Polizei mit den Einsatzleitern, Hauptkommissar Rainer Schramm und Polizeidirektor Wolfgang Schilling, konnten sich auf verkehrlenkende Maßnahmen beschränken und zeigten Verständnis für den Zweck der Demonstration. Mit über 120 Bussen waren die Gegner einer Giftmülldeponie nach Detmold angereist. Aus allen Himmelsrichtungen rollten

Schlepper an; in Körbecke war man schon morgens um 6.30 Uhr aufgebrochen. Mit dabei im Demonstrationzug waren nicht nur Gruppen aus ganz Ostwestfalen, sondern auch aus Hessen und Niedersachsen. Zu den Bürgerinitiativen gesellten sich neben Musik- und Schützenvereinen auch Ratsherren aus den drei Städten des Warburger Raumes, Borgentreichs Bürgermeister Adolf Gabriel und Stadtdirektor Jochen Ohlrogge.

Josef Jacobi: »Der Regierungspräsident soll sehen, daß gegen die Bevölkerung hier nichts möglich



Demonstrationzug zum Regierungspräsidium in Detmold; in der ersten Reihe Josef Jacobi (Vierter von rechts)

ist. Wenn wir weiter zusammenhalten, ist für uns aber alles möglich.« Der Müll werde in den Städten produziert und der ländliche Raum zur Müllkippe für die Zentren. Josef Jacobi weiter: »Wenn sich nichts ändert, demonstrieren wir demnächst in Düsseldorf für eine vernünftige Abfallpolitik. Auf keinen Fall dulden wir eine Giftmülldeponie auf dem flachen Lande.«

Peter Thiele (Petershagen) unterstrich, daß jede geordnete Deponie zur Altlast werde und die ganze Region verseuche. Die jetzt von Regierungspräsident Walter Stich verordnete »Denkpause« bringe kein neues, verantwortungsvolles Konzept: »Hier greift der RP ein weiteres Mal in die Trickkiste. Das Standortsuchverfahren soll nicht nur ausgesetzt, sondern muß abgebrochen werden. Es ist unsinnig, unnötig und unmoralisch.« Es gelte ein Abfallwirtschaftskonzept zu entwickeln, das man gegenüber der Nachwelt verantworten könne und eine positive ökologische Müllentsorgung zu vertreten.

Pastorin Cornelia Wentz (Lockhausen): »Weniger Müll bringt mehr Lebensqualität für alle. Die Erde gehört Gott; wir sind als Verwalter eingesetzt und dürfen sie nicht Umwelt-Zerstörern überlassen, die das ökologische Gleichgewicht demontieren. Norbert Vogdes (Steinhelm): »Diese Giftmülldeponie zerstört Leben. Wir müssen entschlossenen Widerstand leisten und alle Kräfte zur Vermeidung der Deponie einsetzen.«

Hatten während der Kundgebung die protestierenden Menschen Regierungspräsident Walter Stich noch die »Rote Karte« gezeigt und die Musikkapellen ihm »den Marsch geblasen«, so zeigte man sich später versöhnlich. Josef Jacobi überreichte dem Regierungspräsidenten in seinem Dienstzimmer (er hatte es während der Kundgebung nicht »Fünf vor Zwölf« verlassen, wie irrtümlich verlautete) einen Präsentkorb mit Früchten aus der Region. Von den persönlichen Angriffen fühlte sich der Regierungspräsident tief ge-

troffen. Den Bürgerinitiativen sicherte er Gesprächsbereitschaft zu. Sie überreichten eine Resolution, in der es u. a. heißt:

»Brechen Sie unverzüglich das Erkundungsverfahren für den Standort einer Sonderabfalldeponie der Klasse 5 ab, da weder Konzepte noch Planungsgrundlagen vorhanden sind und das vorgelegte Gutachten den Anforderungen nicht genügt. Beginnen Sie umgehend mit der Erarbeitung eines regionalen Sonderabfall-Wirtschaftskonzeptes für Ostwestfalen-Lippe, das den Grundsätzen einer ökologisch verträglichen Stofffluß-Wirtschaft genügt. Leiten Sie Maßnahmen ein, mit denen die Erfassung betriebsbezogener Daten über Sonderabfälle nach dem Landesabfallgesetz sichergestellt werden kann. Führen Sie diese Datenerhebung für den Regierungsbezirk Detmold durch. Eröffnen Sie eine Gesprächsrunde aller Interessengruppen, die von der Sonderabfall-Problematik in der Region betroffen sind. Betreiben Sie dieses Vermittlungsverfahren als echte, mit Kompetenzen ausgestattete Bürgerbeteiligung.«



Kein Giftmüll in die Diemelau und in die Warburger Börde!



Schützenverein Eissen: Wir schützen unsere Heimat auch vor Giftmüll.

Nach der Protestkundgebung vor dem Regierungspräsidium begaben sich Vorstandsmitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Bürgerinitiativen gegen Giftmüll in Ostwestfalen-Lippe in das Dienstzimmer von Walter Stich. Sie überreichten dem Regierungspräsidenten einen Korb mit Früchten aus der Region und eine Resolution.



**F**ast 7000 Menschen demonstrierten am Samstag in Detmold gegen die geplante Giftmülldeponie in Ostwestfalen-Lippe. Nach einer Standortvorkundung liegen

## Demo gegen Giftmüll

alle fünf geeigneten Deponien im Kreis Höxter. Regierungspräsident Walter Stich unterstrich, er habe das Suchverfahren vorerst ausgesetzt.

Foto: Iding  
**Bericht Seite 3**

